

»Ein Glücksfall der Geschichte«

Zum Eucken-Jubiläum in Freiburg spricht die Kanzlerin. Angela Merkel plädiert für das Freihandelsabkommen TTIP – und erntet Lob von Institutsleiter Feld

■ Von Ralf Deckert

Freiburg. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat gestern der Stadt Freiburg einen einstündigen Blitzbesuch abgestattet. Anlass war der Festakt zu Ehren des Wirtschaftswissenschaftlers Walter Eucken (1891–1950), dessen Geburtstag sich in diesen Tagen zum 125. Mal jährt. Eucken gilt mit seinen Theorien als einer der »Väter« der sozialen Marktwirtschaft, Merkel hat ihn schon bei der deutschen Wiedervereinigung vor 25 Jahren als Vorbild genannt.

Das sei naheliegend, betonte gestern Freiburgs Oberbürgermeister Dieter Salomon (Grüne): Merkel teile schließlich die Erfahrung, bis Mitte 30 in einem totalitären Staat gelebt zu haben mit Eucken, der seine Ideen einer freien Gesellschaft unter großem persönlichem Risiko in Zeiten der Nazidiktatur erarbeiten musste.

Eucken, der von 1927 bis zu seinem Tod in Freiburg wirkte, galt als erklärter Gegner der Nazis und war der wichtigste Gegenspieler des damaligen Freiburger Unirektors und Philosophen Martin Heidegger. Sein wirtschaftswissenschaftliches Konzept des »Ordoliberalismus« ist darauf ausgerichtet, einen freien

Wettbewerb und freie Märkte in einer durch die Wirtschaftspolitik gewährten Ordnung zu ermöglichen, in der beispielsweise kein Platz für Monopole, Kartelle und Verstaatlichungen ist. Diese so-



Institutsleiter Lars Peter Feld vor einem Foto von Walter Eucken Foto: Seeger

nannte »Freiburger Schule« der Ökonomie war ab 1949 für den damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (CDU) der theoretische Grundstein des »Wirtschaftswunders« in der noch jungen Bundesrepublik Deutschland.

Merkel betonte in ihrer Festrede, für die sie eigens aus Berlin nach Freiburg gekommen war, wie bedeutend Euckens Wirken und Denken bis heute für Deutschland sind.

Eucken sei »ein Glücksfall der Geschichte« und ein »mutiger Freiheitskämpfer und Menschenfreund« gewesen, so die Kanzlerin über den Wissenschaftler, mit dem sie sich auch heute noch über Fragen der Marktwirtschaft gern austauschen würde, wenn er denn noch am Leben wäre. Euckens Ideen und Konzepte einer freien Wirtschaftsordnung seien wie »ein roter Faden«, der Sicherheit angesichts immer neuer Herausforderungen gebe. Eine Grundvoraussetzung für Wachstum und Wohlstand für alle.

Lob gab es gestern Abend in Freiburg aber nicht nur von Merkel, sondern auch für die Kanzlerin: Der Wirtschaftswissenschaftler und Direktor des Walter Eucken Instituts in Freiburg, Lars Peter Feld, bescheinigte Merkel, eine »richtungweisende, grandiose Rede« gehalten zu haben. Und Dieter Salomon dankte der Politikerin für ihre Haltung in der Flüchtlingsfrage und ihre »humanitäre Geste«, so viele Flüchtlinge aufzunehmen.

Auch Merkel selbst ging mehrfach auf das Flüchtlings-thema ein und mahnte mehr europäischen Zusammenhalt in der Asylpolitik an: Wenn die EU mit ihren 500 Millionen Einwohnern es nicht schaffe, eine Million Syrer

aufzunehmen, wo alleine schon die Türkei und Jordanien zusammen ein Vielfaches dieser Zahl aufgenommen haben, »dann ist das nicht in Ordnung und mit unseren Werten nicht vereinbar«. Ziel der Politik müsse es aber auch sein, Fluchtursachen zu bekämpfen und die Lebensbedingungen der Menschen in ihren Herkunftsländern zu verbessern. Dies sei eine »Jahrhundertaufgabe«.

Nach geschlossenen Grenzen zu rufen, sei dagegen in einem Europa der Währungsunion, offenen Märkte und weltweiten Verflechtungen der Globalisierung »relativ naiv«, meinte Merkel. Sie gedachte in Freiburg auch der Terroropfer von Istanbul: Ziel der Terroristen sei es, »unser freies Leben anzugreifen«, doch die Freiheit werde sich gegen den Terror durchsetzen, erklärte die Kanzlerin.

Merkel wies auch generelle Kritik am geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP zurück. »Ich bin bedrückt darüber, dass dieses Abkommen so umkämpft ist«, sagte sie. Sie werde sich weiter für TTIP einsetzen, da es sich nicht allein um ein wirtschaftlich motiviertes Abkommen handle. Vielmehr schaffe es erstmals Chancen, europäische Werte wie Menschen-

und Verbraucherrechte, Umweltschutz sowie Sozialstandards international zu verankern. Das zwischen der EU und den USA geplante Abkommen stößt vor allem in Europa auf Kritik.

Merkels Freiburg-Besuch wurde von zwei kleineren Kundgebungen begleitet: So demonstrierten vor dem Freiburger Konzerthaus Schwarz-

wälder Milchbauern für eine andere EU-Agrarpolitik und höhere Milchpreise. Und eine Gruppe Kurden demonstrierte gegen die Politik der türkischen Regierung. Insgesamt seien knapp 100 Demonstranten gezählt worden, berichtete Polizeisprecherin Laura Riske am Abend. Wirklich störende Vorkommnisse habe es nicht gegeben.

INFO

Walter Eucken

■ Person

Walter Eucken (1891–1950) war einer der bedeutendsten deutschen Ökonomen des 20. Jahrhunderts und von 1927 bis 1950 Professor für Nationalökonomie an der Universität Freiburg. Er hat die Grundlagen für die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland erarbeitet.

■ Freiburger Schule

Eucken war Begründer der sogenannten Freiburger Schule, die sich dem Ordoliberalismus verpflichtet fühlt. Dieser sieht eine freie Marktwirtschaft vor, für die der Staat einen ordnungspolitischen Rahmen absteckt. Eingriffe in großem

Stil lehnt der Ordoliberalismus ab, der Staat soll aber gegen eine zu starke Marktmacht Einzelner vorgehen und damit einen möglichst freien Wettbewerb gewährleisten.

■ Institut

Das nach Walter Eucken benannte Institut mit Sitz in Freiburg wurde 1954 gegründet. Einer der Initiatoren war der damalige Bundeswirtschaftsminister und Eucken-Anhänger Ludwig Erhard (1897–1977). Das Institut ist auf Grundlagenforschung im Bereich der Wirtschaftspolitik spezialisiert. Geleitet wird das Freiburger Haus von Lars Feld. Er ist Mitglied im Sachverständigenrat der »Wirtschaftswissenschaften«.

Volker Kauder warnt Union vor offenem Konflikt

Asyl | Kritiker aus den eigenen Reihen wollen nicht klein begeben in der Flüchtlingspolitik / Di Fabios Gutachten kontrovers diskutiert

■ Von Norbert Wallet

Berlin. Das Gutachten des ehemaligen Verfassungsrichters Udo di Fabio zur angeblichen Grundgesetzwidrigkeit der Merkel'schen Flüchtlingspolitik hat die Unionsfraktion im Bundestag elektrisiert. Neben der ohnehin skeptischen CSU-Landesgruppe fühlen nun auch die Gegner der liberalen Linie in der Migrationspolitik in den Reihen der CDU-Bundestagsabgeordneten neuen Aufwind.

Von der Gruppe, die mindestens einige Dutzend Abgeordnete umfasst, wird nun dafür geworben, in der Fraktion eine Abstimmung herbeizuführen. Erhielte der Antrag eine Mehrheit, wäre damit der offene Bruch mit der Kanzlerin im Herzstück ihrer Politik dokumentiert. Zu einem ers-

ten Zusammenstoß kam es nach Recherchen unserer Zeitung am Montag in der Sitzung des Fraktionsvorstands. Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) wehrte sich gegen das Ansinnen. Sein Argument: Der Bundesparteitag in Karlsruhe habe erst im Dezember eindeutig den Kanzlerkurs bestätigt und einer harten Linie eine überdeutliche Abfuhr erteilt. Eine Sicht, die die Kritiker nicht überzeugt. »Bei einer solch entscheidenden Frage muss sich die Fraktion eine Meinung bilden«, sagte Christian von Stetten (CDU), einer der profiliertesten Merkel-Kritiker, unserer Zeitung.

Dagegen mangelt es nicht an Stimmen, die vor diesem Schritt eindringlich warnen. Karin Maag, die Vorsitzende der Frauengruppe der Frak-

tion, sagte unserer Zeitung: »Das klare Votum des Parteitags, der ein weiteres Spektrum als das der Fraktion abbildet, sollte bindend sein.« Es sei »problematisch, wenn man der Partei sagt, wir fühlen uns als Bundestagsfraktion nicht an ihre Beschlüsse gebunden«. Interessant ist, dass

auch der Innenexperte Armin Schuster (Weil am Rhein), der inhaltlich die im Antrag formulierte Merkel-kritische Position teilt, vor der offenen Machtprobe warnt. »Erstens hat der Parteitag die Frage entschieden. Zweitens bringt der Antrag die Fraktion in eine Zwangslage.«



Udo di Fabio sorgt als Gutachter für Wirbel. Foto: Rothermel

Angesichts des Drucks auf die Abgeordneten in den Wahlkreisen ist aber völlig offen, ob diese Warnung verfangt. Manche haben Zweifel. »Die Stimme der Vernunft hat kaum mehr eine Chance in der Fraktion«, sagt der Abgeordnete Michael Hennrich (Nürtingen).

Derweil wird das Gutachten di Fabios, das er im Auftrag der bayerischen Staatsregierung erstellt hat, kontrovers diskutiert. Darin kommt er zu dem Schluss, dass der Bund die Interessen Bayerns verletze und eine Verfassungsklage gegen die Bundesregierung chancenreich wäre. Dagegen erhebt sich Widerspruch. Der Verfassungsrechtler Christian Kirchberg kommt zu dem Ergebnis: »Die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts auf der Grundlage dieses Gut-

achtens dürfte nicht zuletzt im Hinblick darauf, dass und in welchem Umfang die Bundesregierung bereits tätig geworden ist, sowie angesichts der ihr insoweit zugestehenden Gestaltungsfreiheit aktuell keinen Erfolg haben.«

Selbst wenn Bayern nachvollziehbarerweise ein Interesse daran habe, nicht in dieser Art und Weise beansprucht zu werden, »könne von einer Verletzung seiner Verfassungsrechte bisher keine Rede sein«. Darüber hinaus würden die damit verbundenen Kosten nach dem Königsteiner Schlüssel zumindest teilweise erstattet, sagte Kirchberg. Die bayerische Staatsregierung hat derweil angekündigt, den Weg der Verfassungsklage zunächst nicht zu beschreiten. Sie bleibe aber »eine Option«.